Gemeinsame Verantwortung für eine umfassende europäische Friedensordnung

Bundeskanzler Willy Brandt hielt vor den im Storting vertretenen Parteien am 24. April 1970 folgende Ansprache:

Über die Einladung, zu den Abgeordneten des Storting zu sprechen, habe ich mich sehr gefreut. Ich bin dafür dankbar und empfinde diese Stunde als besondere Auszeichnung.

Dabei habe ich auszugehen von meiner politischen Verantwortung und meiner Stellung als Regierungschef. Ich finde, es ist gut, daß ein deutscher Bundeskanzler hier heute sprechen kann. Dadurch wird deutlich, wieviel sich in den hinter uns liegenden Jahren verändert hat.

Aber ich will nicht verhehlen, daß diese Begegnung mir auch persönlich nahegeht. Ich bin ja kein Fremder in dieser Stadt und in diesem Land. In mehrfacher Hinsicht stehe ich in der Schuld dieses Landes. Und ich bin froh darüber, daß vieles von dem weiterwirken kann, was ich hier gelernt habe.

In einem wichtigen Abschnitt meines Lebens habe ich in Norwegen nicht nur Zuflucht und meine zweite Heimat gefunden, sondern auch eine Prägung meiner politischen Überzeugung erfahren und Verbindungen fürs Leben geknüpft. Die Eindrücke, die ich als junger Mann in Ihrer Mitte erhielt — in guten und in bösen Tagen —, sind mir immer präsent geblieben. Sie erleichtern mir meine Bemühungen, als deutscher Politiker gleichzeitig europäisch zu denken und meinen Beitrag dazu zu leisten, daß der Frieden sicherer gemacht wird.

Mein erster Besuch in Norwegen als deutscher Regierungschef erlaubt mir, von dieser Stelle aus Dank zu sagen für vieles, was ich empfangen habe. Diesen Dank kann ich nicht besser abstatten, als wenn ich meine Kraft der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern widme und mit dafür sorge, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen.

Der 9. April 1940, der sich vor wenigen Tagen zum dreißigsten Mal jährte, kann nicht ungeschehen gemacht werden. Wunden, die einem Volk auf diese Art zugefügt werden, vernarben nur langsam. Vieles wurde damals verschüttet, allerdings gottlob nicht völlig zerstört. Seit dem Kriegsende ist vieles geschehen, um eine neue Basis für das Verhältnis zwischen unseren Ländern zu schaffen.

In Deutschland wurden die Erfahrungen der Vergangenheit nicht in den Wind geschlagen. In der Bundesrepublik haben wir die Grundlagen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates geschaffen. Inzwischen beginnt eine neue Generation die Veranwortung für Volk und Staat zu übernehmen. Wir haben nicht vergessen, daß uns der Weg in die europäische und internationale Zusammenarbeit so rasch geebnet wurde. Auch nicht, daß es — hier in Norwegen wie anderswo — viele gab, die so früh die Gefühle der Feindschaft und des Mißtrauens beiseiteschoben und uns mit Verständnis und Hilfsbereitschaft begegneten.

Wir dürfen die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Aber es gilt, den Blick nach vorn zu richten. Die Geschichte hat den Völkern Europas eine neue Herausforderung gestellt, die die letzte sein könnte: eine Friedensordnung für unseren Kontinent zu errichten, die den Völkern in diesem Teil der Welt eine gesicherte Zukunft ermöglicht und die zugleich ein Beispiel und ein Mittel zur Hilfe für die Völker in anderen Teilen der Welt sein kann. Dazu hat jeder von uns seinen Beitrag zu leisten.

Diese Friedensordnung — so sehe ich es und so sieht es meine Regierung — umfaßt sowohl das Verhältnis der westeuropäischen Völker untereinander als auch die Verbindung, die wir im Sinne der gemeinsamen Verantwortung aller Völker dieses Kontinents mit den osteuropäischen Völkern knüpfen wollen. Beide diese Aufgaben gehören zusammen wie die Seiten einer Münze.

Für mich gibt es keine Trennung zwischen Westpolitik und Ostpolitik. Was man deutsche Ostpolitik nennt, ist für mich nur entwicklungsfähig auf dem Hintergrund der Atlantischen Allianz und im Zusammenhang mit der westeuropäischen Integration. Allgemeiner formuliert: Die enge Verknüpfung der westeuropäischen Staaten untereinander ist die Voraussetzung dafür, daß wir die Kraft finden, zwischen West- und Osteuropa so wirksame und nach Möglichkeit auch vertrauensvolle Beziehungen herzustellen, wie sie, unbeschadet der verschiedenen politischen Systeme, in Erinnerung an die gemeinsamen kulturellen Wurzeln und im Wissen um die weithin gemeinsame Verantwortung für die Angehörigen dieses Kontinents selbstverständlich werden sollten.

Erfolgreiche Westpolitik ermöglicht es erst, diese Ostpolitik zu führen; umgekehrt gehört zu einer erfolgreichen Ostpolitik eine beständige Weiterverfolgung der Westpolitik. Diese Formel legt den inneren Zusammenhang frei, der für meine Regierung zwischen den beiden Hälften dieser Politik besteht.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich für mich, daß es richtig ist, wenn sich möglichst alle westeuropäischen Völker an beiden Bestandteilen dieser Politik beteiligen. Eine Spaltung zwischen ihnen lähmt ihre Kräfte. Wenn sie alle — unter Berücksichtigung der notwendigen Unterschiede in Art und Weise — mit der westeuropäischen Einigung verknüpft sind, so liegt darin schon ein wichtiger Schritt in Richtung auf die künftige gesamteuropäische Friedensordnung. Dabei will ich unmißverständlich klar machen, daß ich den westeuropäischen Zusammenschluß weder als einen sich abkapselnden Markt noch als ein im Blockdenken erstarrendes Gebilde betrachte.

Weltpolitisch wird in der künftigen Entwicklung nur ein befriedetes und geeintes Europa in der Lage sein, sich politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und technologisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch die ihm gemäße Eigenart und Leistungskraft zu bewahren. Nur dieses Europa wird auch imstande sein, seine schöpferischen Fähigkeiten so einzusetzen, daß die Lebensumstände der armen Völker der Welt wirksam verbessert werden können. Ein geeintes Europa, das seine besten Energien nicht mehr in Kämpfen gegeneinander verzettelt, könnte hierin die Mission für sein 21. Jahrhundert finden.

Es fällt mir leichter, heute diese Zukunftsvision vor Ihnen zu entwickeln, nachdem die westeuropäische Politik in den letzten Monaten in Bewegung geraten ist und auch die Ost-West-Beziehungen nicht nur negative Faktoren aufweisen.

Die Gipfelkonferenz der sechs EWG-Staaten im Haag im Dezember des vorigen Jahres hat, was den Westen angeht, der jahrelangen Stagnation ein Ende gesetzt. Der politische Wille zu neuen Fortschritten in Richtung auf den vertraglich gewiesenen „immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker", der uns so lange gefehlt hatte, schlug sich in zahlreichen konstruktiven Entscheidungen nieder.

Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Beschluß der Sechs, im Sommer dieses Jahres Verhandlungen mit den beitrittswilligen Staaten zu eröffnen. Ich gehe davon aus, daß dies Ende Juni oder Anfang Juli möglich sein wird. Und dies wird sich dann nicht nur auf Großbritannien beziehen.

Nun glauben Sie aber bitte nicht, daß ich hierhergekommen bin, um Mitgliedswerbung zu betreiben. Norwegen wird zu gegebener Zeit selbst zu entscheiden wissen, was seinen Interessen am besten gerecht wird.

Ich will nur sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland die Erweiterung der EWG begrüßen würde. Und ich will wiederholen, daß sich mir dies nicht allein als ein englisches Problem darstellt. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß der Europäischen Gemeinschaft gerade jene neuen Impulse gut bekommen würden, die ihr aus Skandinavien zugeführt werden können. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Leistungskraft und gesellschaftlichen Vitalität würden der Gemeinschaft demokratische und moralische Kalorien aus dem Norden gut bekommen.

Befürchtungen, ein kleineres Volk werde in der Gemeinschaft seine Identität verlieren, es könnte erdrückt werden unter der Übermacht der größeren Mitgliedstaaten, vermag ich nicht zu folgen. Es ist nämlich so, daß die Gemeinschaft dank ihrer für alle verbindlichen Ordnung die Rechte und Möglichkeiten gerade ihrer kleineren Mitgliedstaaten in einer Weise sichert, die es sonst in der internationalen Zusammenarbeit nicht gibt.

Schon heute weist die Gemeinschaft ja Mitgliedstaaten unterschiedlicher Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft auf. Jeder von ihnen kann ein oder zwei Mitglieder in die Kommission entsenden, jeder von ihnen hat am Ratstisch das gleiche Recht wie die größeren. Soweit Mehrheitsentscheidungen vorgesehen sind — und sie werden in einer erweiterten Gemeinschaft eine größere Rolle spielen müssen als

bisher —, gilt das Prinzip der Gewichtung der Stimmen nur in Verbindung mit dem Prinzip der Staatengleichheit. Ein kleinerer Staat hat deshalb im Rahmen der Gemeinschaft die Möglichkeit, einen Einfluß auszuüben, der weit bedeutsamer ist, als dies seiner wirtschaftlichen Stärke und Bevölkerungszahl entspricht.

In diesen Bestimmungen hat sich die Erkenntnis niedergeschlagen, daß die Periode europäischer Machtkämpfe um die Führungsrolle vorüber sein muß. Die Verträge von Rom wollen insoweit besagen, daß es für uns kein Europa der Hegemonie mehr gibt. Es geht uns um ein Europa der Gleichheit und der gegenseitigen Rücksichtnahme, in dem nicht mehr der Wille des Stärksten gilt, sondern das stärkste Argument, von wem immer es auch vorgebracht wird.

Lassen Sie mich noch einmal sagen, daß ich mir keine Werberede vorgenommen habe. Aber lassen Sie mich auch hinzufügen, daß wir nicht überhören sollten, was die junge Generation von uns erwartet. Wenn ich es recht verstehe, will sie nicht nur eine weitere Vermehrung des Wohlstandes, sondern vor allem die Schaffung menschlicherer Formen des Zusammenlebens. Sie wird um so leichter Ja sagen zu Europa, wenn dies — freilich im Sinne des langen Marsches der Reformen — gleichbedeutend ist mit dem Aufbruch zu einem höheren Grad von Gerechtigkeit und größerer Solidarität.

Wenn es im Sommer zu Beitrittsverhandlungen kommt, wird einerseits deutlich werden, welche gemeinsame Verhandlungsposition die jetzigen EWG-Partner erarbeitet haben. Andererseits werden die beitrittswilligen Staaten ihre Vorstellungen in einer ersten Verhandlungsrunde entwickeln. Eine Verhandlungsposition der Sechs gegenüber Norwegen ist noch nicht erarbeitet. Man kann aber davon ausgehen, daß der Gemeinschaft wohlbekannt ist, welche Sonderprobleme Norwegen im Zusammenhang mit der Beitrittsfrage beschäftigen. Und ich hoffe, daß es nicht zu schwierig werden wird, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten befriedigend sind.

Gelegentlich wird vermutet, daß die Gemeinschaft zunächst mit Großbritannien allein verhandeln werde. Ich halte es für demgegenüber wahrscheinlich, daß nach einer ersten gemeinsamen Runde die Probleme der einzelnen Länder getrennt behandelt werden und daß man dann zu einem späteren Zeitpunkt die Verhandlungen wieder zusammenfaßt. Der Beitritt aller Staaten sollte zum gleichen Zeitpunkt in Kraft treten.

Wir streben an, daß dann ebenfalls die Abmachungen mit denjenigen Staaten wirksam werden, die aus politischen Gründen eine Mitgliedschaft nicht beantragen wollen oder können.

Schweden hat bekanntlich im Sommer 1967 ein besonderes Schreiben an die EWG gerichtet. Es ist auch bekannt, daß Schweden zunächst über die ökonomischen Aspekte der EWG-Erweiterung zu verhandeln wünscht. In Verbindung damit oder im Anschluß daran wäre dann gemeinsam zu prüfen, ob sich die schwedischen Neutralitätsvorbehalte mit der Zielsetzung der Römischen Verträge vereinbaren lassen.

Wir wissen um die Bedeutung Schwedens. Wir wissen auch um die Bedeutung der innerskandinavischen Zusammenarbeit. Es wäre töricht, ihr Abbruch tun zu wollen. Dabei muß man natürlich beachten, daß die Zusammenarbeit in einem Kreis sich mit der Zusammenarbeit im anderen Kreis vereinbaren läßt. Dies gilt besonders in bezug auf die im EWG-Vertrag vorgesehenen gemeinsamen Kompetenzen.

Gestützt auf die Zielsetzung der Römischen Verträge hat die Gipfelkonferenz im Haag im übrigen beschlossen, die seit 1962 ruhenden Vorbereitungen für eine politische Zusammenarbeit wiederaufzunehmen. Die Außenminister stehen noch mitten in der Vorbereitungsarbeit. Soviel läßt sich heute schon sagen: In einer nächsten Phase wird es vor allem darum gehen, in pragmatischer Weise eine, wie ich sie nennen möchte, „qualifizierte politische Zusammenarbeit" zu begründen. Der institutionelle Ausbau wird dabei vermutlich eine geringere Rolle spielen als die Entwicklung eines wirksamen Konsultationsverfahrens. Die Bundesregierung strebt an, daß die Mitwirkung der Beitrittsbewerber an dieser Tätigkeit möglichst frühzeitig gewährleistet wird.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie wichtig es ist, daß wir in Europa auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit raschere Fortschritte machen. Und ich freue mich, daß Norwegen zu einer aktiven Beteiligung bereit ist.

Ich möchte aber unterstreichen, daß wir auch auf dem Gebiet der eigentlichen Außenpolitik und der Sicherheit größere Anstrengungen machen müssen, um die Energien Westeuropas zusammenzufassen und so einen stabilisierenden Einfluß auf das weltpolitische Geschehen auszuüben. Dies steht in keinem Widerspruch zu unseren Pflichten innerhalb der Atlantischen Allianz. Und schon gar nicht zielt es auf eine Trennung von den Vereinigten Staaten. Im Gegenteil, es zielt auf mehr Eigenverantwortung, auf Partnerschaft und Gleichheit.

Wie Präsident Nixon es in seiner Kongreß-Botschaft vom 18. Februar erläuterte und wie er es mir gegenüber in unseren kürzlichen Gesprächen bestätigte, findet die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft nach wie vor die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten. In dem Maße, in dem Europa sich durch eine Zusammenfassung seiner Kräfte stärkt, in dem Maße wird es im Interesse aller auch politisch größere Verantwortung übernehmen können.

Dabei ist es nicht zu verkennen, daß ein sich erweiternder Gemeinsamer Markt — der sich in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt — auch für Amerika nicht ganz unproblematisch ist. Auch wenn die EWG nicht nach innen gewandt sein, sondern den Welthandel wesentlich beleben wird, werden amerikanische Handelsinteressen auf dem einen oder anderen Gebiet nicht unberührt bleiben. Um unnötige Konflikte zu vermeiden und unvermeidbare Streitfragen sachlich auszutragen, habe ich mich für regelmäßige Kontakte zwischen Amerika und der Gemeinschaft eingesetzt.

Die NATO, an der unsere beiden Staaten mitwirken, bleibt für uns nicht nur unerläßliches Unterpfand unserer Sicherheit, sondern wir betrachten sie auch als ein Instrument zur Verwirklichung der Entspannung. Für die Sicherheit in und um Europa bleiben das Engagement und die Präsenz der USA sowie die Glaubwürdigkeit ihrer Garantien für eine nicht absehbare Zukunft unerläßlich.

Die sogenannte Ostpolitik der Bundesregierung ist Teil der gesamten Politik der westlichen Staaten gegenüber dem Osten. Unsere Bemühungen sind eingebettet in die gemeinsamen Anstrengungen, die darauf abzielen, aus der Ära der Konfrontation hinüberzuwechseln in die Ära der Verhandlungen, an deren Ende ein echter Interessenausgleich stehen sollte. Wir hoffen, daß wir in dem Maße, in dem dieses gelingt, auch die deutschen Fragen aus ihrer Erstarrung lösen können.

Entspannung ist nicht Endziel einer realistischen Politik, sondern die Voraussetzung dafür, daß das eigentliche Ziel jeder Politik, die Lösung von Problemen, möglich wird. Wir machen uns keinerlei Illusionen darüber, daß der Weg zu befriedigenden Ergebnissen lang und hindernisreich sein wird. Eine Entspannung mit langem Atem wird unserer Beharrlichkeit und der Geduld unserer Völker noch einiges abverlangen; hierauf werden wir uns wappnen müssen.

Die Schritte, zu denen wir uns von deutscher Seite aus entschlossen haben, können für keinen aufmerksamen Beobachter eine Überraschung gewesen sein. Wir haben sie in meiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigt und mit unseren Verbündeten abgesprochen.

So haben wir den NV-Vertrag unterzeichnet und die deutsche Mitarbeit an internationalen Projekten der Rüstungskontrolle aktiviert. So setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, daß die gewaltige Konzentrierung militärischen Potentials in der Mitte Europas durch abgewogene, beiderseitige Truppenreduzierungen vermindert wird.

Seine Bereitschaft, hierüber zu verhandeln, hat der Rat der Atlantischen Allianz bereits auf seiner Tagung in Reykjavik im Juni 1968 zu erkennen gegeben. Ich meine, daß das damalige Signal verstärkt werden sollte, und zwar unabhängig davon, ob die andere Seite heute schon zu Verhandlungen bereit ist. In den kommenden Jahren wird dies ein wichtiges Thema werden müssen, kaum weniger wichtig als die Verhandlungen der beiden Weltmächte über einen Abbau der strategischen Rüstungen. Ich kann feststellen, daß ich für diesen Gedanken beträchtliches Verständnis gefunden habe, als ich kürzlich in Washington war.

Wie Sie wissen, hat meine Regierung direkte Sondierungsgespräche mit Moskau, Warschau und Ostberlin aufgenommen. Zwischen ihnen besteht ein Zusammenhang, ebenso wie mit den Gesprächen über Berlin, die die drei Westmächte mit der Sowjetunion eingeleitet haben.

Ich brauche kaum zu betonen, daß dem Bemühen um den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der Sowjet-

union besondere Bedeutung zukommt. Dies und der Hinweis auf den inneren Zusammenhang der verschiedenen Gespräche bedeutet jedoch nicht, daß wir uns nicht über das besondere politisch-moralische Gewicht im klaren sind, das einer Verständigung mit Polen zukommen würde. Geschichtlich wird sie einen ähnlichen Rang haben wie die deutsch-französische Aussöhnung.

Erklärungen über den Verzicht auf die Anwendung oder die Androhung von Gewalt sind wir bereit, mit allen Gesprächspartnern einschließlich der DDR auszutauschen. Wir sehen hierin den Ansatzpunkt für weitere Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit Europas. Zweifellos würde ein Erfolg dieser Bemühungen auch dem Gedanken einer Konferenz über die Sicherheit Europas, der uns seit einiger Zeit beschäftigt, neuen Auftrieb geben.

Es wäre nicht realistisch, von der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, sie könne alle Fragen, die der letzte Weltkrieg hinterlassen hat, abschließend regeln. Das ginge über unsere Kräfte. Aber wir können und wollen dazu beitragen, daß einer umfassenden europäischen Friedensordnung der Weg geebnet wird.

Wenn wir bereit sind, den für uns selbstverständlich gewordenen Verzicht auf den Einsatz von Mitteln der Gewalt vertraglich zu verankern, so gilt dies insbesondere für alle Grenzen, die in Europa bestehen. Wir achten sie ebenso wie die territoriale Integrität aller Staaten.

Wer von den Realitäten ausgehen will, wird die Viermächte-Abkommen über Berlin und die Realität West-Berlin nicht übersehen dürfen. Wir können die mit Billigung der drei Schutzmächte existierenden Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik nicht aufgeben. Die Behandlung der Berlin-Frage ist in meinen Augen ein entscheidendes Element für die Beurteilung, ob die ernsthafte Bereitschaft zu beiderseitig sinnvollen Abmachungen besteht.

Zu den Realitäten Europas gehört auch die Existenz der deutschen Nation. Der Begriff Nation, den wir keineswegs über Gebühr strapazieren, bildet nach wie vor ein Band um die beiden Staaten in Deutschland. Zwischen den Menschen in den beiden Teilen gibt es ein natürliches Gefühl der Zusammengehörigkeit. Es geht deshalb nicht nur, wie einige meinen, um eine Formalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin. Es geht auch um Schritte der Normalisierung, die den Menschen zugute kommen müssen.

Ich bleibe auch dabei, daß zu einer europäischen Friedensordnung das Recht auf Selbstbestimmung gehören muß. Das heißt, daß jedes Volk prinzipiell die Chance haben muß, ohne Verletzung der Interessen anderer darüber zu entscheiden, ob und in welcher Weise es dem Begriff der Nation Gestalt geben will.

Praktisch geht es darum — und unsere Politik will praktisch sein —, solche Schritte zu tun, die Aussicht bieten, Spannungen abzubauen und eine Zusammenarbeit in Gang zu setzen, die für beide Seiten von Vorteil ist. Davon werde ich mich — wie in Erfurt — auch in Kassel leiten lassen, wenn ich dort nach Pfingsten mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR zusammentreffe.

Ich meine, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten, wenn ich davon ausgehe, daß wir uns gegenwärtig in jenen entscheidenden Jahren zwischen zwei Epochen befinden, in denen bei richtigem Verhalten die Schlacken der alten Epoche abgeworfen und die Konturen für eine neue festgelegt werden können. Wie immer in der menschlichen Existenz kann auch das Gegenteil eintreten. Aber dieses Risiko enthebt uns nicht der Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Jedenfalls können wir nur dann auf brauchbare Ergebnisse hoffen, wenn wir eng zusammenwirken. Dabei möchte ich noch einmal wiederholen, daß in meinen Augen der anzustrebende Gleichklang innerhalb Westeuropas, um wirksam zu sein, die gemeinsame Beteiligung sowohl an der Ausgleichspolitik gegenüber dem Osten, als auch an der westeuropäischen Einigung umfassen sollte.

Dies ist das Kernstück einer Friedenspolitik in Europa, die im gemeinsamen Interesse unserer Völker liegt und die zu entwickeln unsere beiden Staaten gleichermaßen bestrebt sein sollten.

Die Bedeutung des Sports für Erziehung und Bildung

Notwendigkeit besserer Förderung an Schulen und Hochschulen — Wichtige Gemeinschaftsaufgabe

Bundespräsident Gustav W. Heinemann hielt zur Eröffnung der Fernseh-Olympialotterie „Glücksspirale" am 25. April 1970 im deutschen Fernsehen folgende Ansprache:

Liebe Mitbürger, liebe Sportfreunde!

Mit dem heutigen Tag setzt sich das Rad der Olympia-Lotterie in Bewegung. Dreimal wird sich die Glücksspirale bis 1972 drehen. Den erfolgreichen Mitspielern winken ansehnliche Preise.

Freilich liegt der Sinn dieser Lotterie nicht im persönlichen Gewinn. Es geht vielmehr darum, die erheblichen staatlichen Aufwendungen für die Olympischen Spiele 1972 in München und in Kiel durch unsere Beiträge anzureichern. Auch auf diese Weise soll die Anteilnahme unseres ganzen Volkes am olympischen Geschehen sichtbar gemacht werden. Deshalb ermuntere ich Sie, tüchtig mitzumachen. Aber lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit einige Sorgen aussprechen. Seit Jahren wird über die sportliche Misere in der Bundesrepublik Klage geführt.

Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich hier feststelle: in nur wenigen Industrienationen der Welt wird der Breitensport so unterbewertet, ja, gering geschätzt, wie in unserer Bundesrepublik. Die sportliche Betätigung, gleich in welchem Alter, gilt in unserem Land weniger als die geistige oder die körperliche Arbeit, obwohl längst erwiesen ist, daß Leistungsfähigkeit und Spannkraft bis ins hohe Alter hinein durch sportliches Training erreichbar sind. Wenn ich gewohnt bin, frühmorgens eine halbe Stunde zu schwimmen, dann ist das uns immer noch so ungewöhnlich, daß daraus eine Sensation gemacht wird.

Die Geringschätzung des Sports zeigt sich besonders an den Schulen und Hochschulen.

Wir sind leider noch weit davon entfernt, den Sport als einen wesentlichen Teil von Erziehung und Bildung zu begreifen. Im Gegenteil; an drei Vierteln aller Schulen wird nicht einmal die vorgeschriebene Sportstundenzahl gegeben. An vielen Schulen sind die Sportstätten unzureichend. Dazu kommt ein bedenklicher Mangel an Sportlehrern. Die Folgen davon sind oft Haltungsschäden und Kreislaufschwächen schon in jugendlichem Alter.

Den Kultusministern ist das Problem seit vielen Jahren bekannt, und es wird auch eine Menge getan. Ich würde mich freuen, wenn Lehrer und Schüler, Eltern und die verantwortlichen Politiker dem Sport in Schulen und Hochschulen künftig größere Aufmerksamkeit zuwenden würden.

Aber körperliche Betätigung gehört nicht nur in die Schule. In mehr als 40 000 Sportvereinen kann jeder Bürger, zumeist gegen geringes Entgelt, Sport treiben. Den 500 000 ehrenamtlichen Trainern, Übungsleitern und Führungskräften gebührt dafür unser aller Dank und Anerkennung.

Die Vereine sind es auch, die junge Sportler planmäßig fördern und zu hohen Leistungen führen. Die Spitzenorganisationen des Sports jedoch sind im Gegensatz zu denen anderer Länder häufig zu schwerfällig und haben es versäumt, rechtzeitig neue Formen zu entwickeln.

Der Sport kann in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft die ihm vorgezeichneten Ziele nur dann erreichen, wenn ihm unser ganzes Volk den Rang einer wichtigen Gemeinschaftsaufgabe zuerkennt. Dabei bilden die Olympischen Spiele in München und Kiel 1972 den weit herausragenden Höhepunkt — ein für uns alle großartiges Ereignis, das in jeder Hinsicht kapitale Einsätze lohnt.

Ich wünsche der Lotterie guten Erfolg in einem doppelten Sinne:

Sie möge beitragen zu den hohen Anforderungen für die Olympischen Spiele 1972.

Sie möge die Aufmerksamkeit für den Sport in unserer Gesellschaft beleben.